

Tagungsbericht zur internationalen Konferenz

**The Second World War in Southeastern Europe
4 - 6 October 2017**

Von Boris Behnen, Sabine Rutar und Thomas Lutz

Vom 4. bis 6. Oktober 2017 fand am Centre Marc Bloch eine von der Stiftung Topographie des Terrors, dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, dem Centre Marc Bloch und dem Haus der Wannsee-Konferenz geplante sowie von der Humboldt- und der Technischen Universität unterstützte Konferenz mit dem Titel „The Second World War in Southeastern Europe“ statt. Das Auswärtige Amt unterstützte die Veranstaltung im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa großzügig. Geladen waren Historiker/innen und Sozialwissenschaftler/innen sowohl von südosteuropäischen als auch westeuropäischen und US-amerikanischen Institutionen. Teil des Programms waren außerdem zwei öffentliche Abendveranstaltungen, die in der Stiftung Topographie des Terrors stattfanden und einem interessierten Publikum einen Einstieg in Geschichte und Rezeption des Weltkriegs im südöstlichen Europa boten.

Ziel der Tagung war es, den Forschungsstand zur Geschichte Südosteuropas während des Zweiten Weltkriegs zu diskutieren und zukünftige Forschungsagenden zu entwerfen. Sowohl in der internationalen Forschung als auch in der Museumslandschaft zum Krieg haben die südosteuropäischen Länder bisher wenig Beachtung erfahren. Es besteht somit ein dringender Bedarf, ihre Geschichte besser in die europäischen Narrative zum Zweiten Weltkrieg einzuflechten. Letzteres umso mehr, als die Geschichte des Weltkrieges im südöstlichen Europa - wie auch im übrigen Osteuropa - im tagespolitischen Geschehen allzu oft instrumentalisiert und schwarzweiß gemalt wird.

In der eröffnenden Diskussionsrunde in der Stiftung Topographie des Terrors ging es um die Frage, warum dieser „andere Krieg im Osten“ international eher ein Schattendasein in der Historiographie und im öffentlichen Bewusstsein führt. Michael Wildt (Berlin) sah den traditionellen „imperialen Blick“ des „Westens“ auf die Region als einen Grund für ihre

Vernachlässigung. Zu den Besonderheiten des Kriegsschauplatzes zählte er zum einen den Umstand, dass die „Lebensraum“-Konzepte des Deutschen Reiches dem Südosten nur eine nachrangige Rolle zubilligten - im Gegensatz zur Sowjetunion. Es ging hier nur mehr um eine Absicherung der südöstlichen Flanke des Vernichtungskrieges im Osten sowie um Ressourcenausbeutung. Als Besonderheit sah Wildt die radikal ethnisierte Gewaltpolitik beispielsweise der kroatischen Ustascha gegen die Serben, die in Beziehung zum Holocaust in der Region zu setzen sei. Gerade die Verknüpfung der verschieden motivierten Gewaltpraktiken sei außerordentlich anspruchsvoll und bedeutete für die Forschung einen signifikanten Schritt. Xavier Bougarel (Paris) bestätigte dies, indem er darauf hinwies, dass antislawische Gewalt und Gewalt zwischen den nationalen Gruppen in der Region im kollektiven Gedächtnis und in der Geschichtspolitik wesentlich wirkmächtiger sind als der Holocaust.

Tatjana Tönsmeier (Wuppertal) plädierte für eine Auseinandersetzung mit dem Begriff „Besatzungsgesellschaften“ - also für einen Perspektivwechsel weg vom Fokus auf die Besatzungsmächte hin zu gesellschaftsgeschichtlicher Forschung darüber, was Leben unter Besatzung bedeutete, was die Interaktion zwischen Besatzern und Besetzten ausmachte, und welches die Folgen der Besatzungszeit für die südosteuropäischen Gesellschaften waren bzw. sind. Im Sinne eines differenzierenden Aufbrechens dichotomischer Interpretamente müsse man sich der enormen Komplexität der südosteuropäischen Kontexte stellen. Mit Blick auf die Schaffung eines europäischen Gedächtnisses an den Zweiten Weltkrieg waren sich die Diskutierenden einig, dass das deutsche „Erfolgsmodell“ der Vergangenheitsbewältigung nicht exportierbar sei - insofern könne es keine europaweit gültigen Normen für die historische Aufarbeitung von Krieg, Gewalt und Verantwortung geben. Indes sollten die südosteuropäischen Länder in der Entwicklung einer pluralen Diskussion und Konsensfindung Unterstützung erfahren - wider den Trend, auch mittels durch die Fronten des Krieges mitbestimmter Definitionen von „Freund“ und „Feind“ die Tagespolitik strukturieren zu wollen.

Am Donnerstag begann die Tagung mit einem Panel zu transnationalen Perspektiven auf die Region. Ben Shepherd (Glasgow) referierte über „Hitlers Soldaten auf dem Balkan“, über ihre verschiedenen Strategien und Praktiken, Vergeltungsmaßnahmen an der Zivilbevölkerung und rassistisch motivierte Gewalt, die sich gegen Slawen und Juden richtete. Eine damit verknüpfte Gewaltspirale war die sogenannte Bandenbekämpfung, also der Kampf gegen die Widerstandsbewegungen. Die deutsche Besatzungsmacht entfachte einen regelrechten

Bürgerkrieg, in den sie zunehmend selbst verstrickt wurde. Besonderes Augenmerk legte Shepherd auf die überwiegend aus Banater „Volksdeutschen“ konstituierte SS-Division Prinz Eugen, die sich in der Aufstandsbekämpfung durch ihr brutales Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung hervortat. Er rekurrierte zudem auf das in der Historiographie häufig zu findende Argument, die zahlreichen Österreicher in den Reihen der deutschen Besatzungssoldaten in Serbien seien mit dem Kalkül einer aus dem Ersten Weltkrieg rührenden besonderen Feindschaft und damit Gewaltbereitschaft eingesetzt worden. In der anschließenden Diskussion wurde insbesondere dieses lange kolportierte Stereotyp relativiert - neue Forschungen konnten zeigen, dass die große Anzahl Österreicher auf dem Balkan eher pragmatischen Gründen geschuldet war (geographische Nähe, Ortskenntnis u. a. m.).

Während der Balkan für das Deutsche Reich eher ein Nebenschauplatz des Krieges blieb, hatte Italien ein ernsthaftes imperiales Interesse am gesamten adriatischen und ostmediterranen Raum, wie Eric Gobetti (Turin) verdeutlichte. Italiens Expansionsbestrebungen nach Osten hatten ihre Wurzeln im 19. Jahrhundert, also lange vor der Machtübernahme der Faschisten. Zum Zeitpunkt seiner Kapitulation im September 1943 hielt Italien Albanien sowie große Teile Jugoslawiens und Griechenlands besetzt; fast die Hälfte aller italienischen Soldaten war hier eingesetzt. Gobetti betonte, dass viele Aspekte der italienischen Besatzung unterbeforscht sind, und dass auch die kollektive Erinnerung an den Krieg auf dem Balkan in Italien lange Zeit kaum existierte. Um die gesellschaftliche Tragweite der Besatzung sowohl in Italien als auch in den ehemals besetzten Gebieten zu erfassen, sind transnationale sowie vergleichende Studien vonnöten, die Aufschluss geben etwa über (langfristig gedachte) Handlungsstrategien, Kompetenzrängeleien sowie die Wirkungen der Besatzungspraxis auf die lokalen Gesellschaften.

In der dritten transnationalen Perspektive fokussierte Zoran Janjetović (Belgrad) auf die wirtschaftliche Seite der Besatzung im südöstlichen Europa. Da er selbst kurzfristig verhindert war, verlas Sabine Rutar (Regensburg) seinen Vortrag. Die Ausbeutung von Ressourcen und Arbeitskraft insbesondere in den verschiedenen Besatzungszonen Jugoslawiens standen im Mittelpunkt. Janjetović verwies darauf, dass die Geschichte der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Jugoslawien und Deutschland für die Zwischenkriegszeit vergleichsweise gut untersucht ist, während für die Kriegsjahre große Lücken bestehen. Südosteuropa als wirtschaftlicher „Ergänzungsraum“ und als „informal empire“ Deutschlands sei in mehreren älteren Studien eher am Rande thematisiert worden; jedoch hätten nur sehr wenige Forschungen sich mit Wirtschaftsinstitutionen, etwa Ministerien, befasst oder Unternehmensakten ausgewertet.

Janjetović verdeutlichte, wie die Dominanz der sozialistischen Meistererzählung vom Volksbefreiungskrieg die sozioökonomischen Aspekte des Krieges selektierte - beispielsweise die Topoi Ausbeutung und Opferstatus. Dem Arbeitseinsatz im Deutschen Reich ist einiges mehr an Aufmerksamkeit zuteil geworden als den lokalen Kontexten - die Wirtschaftsgeschichte der Besatzung in den besetzten Gebieten gilt es weitgehend noch zu schreiben.

Im letzten Beitrag des ersten Panels vertiefte Tatjana Tönsmeier ihre Anmerkungen des Vorabends hinsichtlich einer Stärkung der Gesellschaftsgeschichte der Besatzung, die nicht zuletzt ein sozialer Prozess sei, charakterisiert durch Interaktionen zwischen Besatzern und Besetzten sowie dem Bemühen der letzteren, sich in der neuen, sich radikalierenden Situation zurechtzufinden, zu überleben. Wie sich beispielsweise anhand der Beteiligung an der deutschen Judenverfolgung zeigen lässt, interpretierten Einheimische die neue Situation aus ihren jeweiligen Kontexten heraus, sodass bestehende antisemitische Stereotype sich unter den Bedingungen der Besatzung und der von ihr freigesetzten Gewalt radikalisierten und beispielsweise zu Denunziation und Raub von Eigentum führten. Konzeptionell, so Tönsmeier, sei Besatzung als eigener Erfahrungszusammenhang zu fassen, der es in vergleichender Perspektive erlaube, transnational analoge Narrative auszumachen und insbesondere die Shoa in größerem Rahmen zu kontextualisieren. Kategorien wie Widerstand, Kollaboration und bystanders reichten zur Beschreibung der Besatzungsrealitäten nicht aus.

Das zweite Panel, „Resistance and Collaboration. Shifting Loyalties“, lotete dann genau diese Vielfalt der Handlungsfelder zwischen Widerstand und Kollaboration weiter aus. Bojan Aleksov (London) stellte seine Forschungen zu jüdischen Flüchtlingen vor, die aus Berlin, Prag oder Wien auf den Balkan flohen. Im Mittelpunkt standen die Interaktionen dieser Flüchtlinge mit der jüdischen und nicht-jüdischen Bevölkerung vor Ort. Aleksov konturierte so den Balkan als einen Zufluchts- und Überlebensort im Zweiten Weltkrieg.

Xavier Bougarel betonte die Verschiebung der Bedeutung ethnischer und ideologischer Zuschreibungskategorien im Kriegsverlauf am Beispiel der überwiegend bosnisch-muslimischen SS-Division Handžar. Die Rekrutierungspraxis spiegelte manchmal ideologische Überzeugungen der Rekruten, manchmal ihre materiellen Interessen, oder aber den Tatbestand der Zwangsmobilisierung. Die Entität „Dorf“ als Handlungsraum gewann dadurch an Bedeutung, dass die deutschen Besatzer eine homogene Dorfgemeinschaft annahmen und diese hinsichtlich der Versorgung oder der Bestrafung als ein Kollektiv behandelten. Dies, betonte Bougarel, habe

es für den Einzelnen außerordentlich schwer gemacht, seine Loyalitäten und Handlungsoptionen individuell zu verhandeln.

Spyros Tsoutsoumpis (Manchester) variierte das Thema am Beispiel der Beziehungen zwischen Zivilisten, insbesondere der Bauernschaft, und Guerillakämpfern in den befreiten Regionen Griechenlands. Um die Macht über die Dorfgemeinschaften zu erhalten, griffen die Nationale Befreiungsfront (EAM) und die ihr zugehörige Volksbefreiungsarmee (ELAS) zu gewaltsamen Mitteln und betrieben den Austausch oder die Auslöschung lokaler Eliten. Teilweise übernahmen sie, mit britischer Hilfe, quasi-staatliche Funktionen wie Gesundheitsversorgung oder Schulbildung. Die häufig zu lesende Annahme, die Guerillabewegung habe die ländliche Bevölkerung von oben herab regiert, differenzierte Tsoutsoumpis: Die Bauern wussten die neue Situation durchaus zu nutzen, etwa um Streitigkeiten auszutragen oder Rivalen unter dem Deckmantel des Befreiungskampfes auszuschalten. Zudem konnten sie durchaus Druck ausüben, beispielsweise indem sie auf Steuererhebungsversuche mit der Weigerung reagierten, die Kämpfer mit Lebensmitteln zu versorgen.

Im letzten Beitrag zum zweiten Panel stellte Svetlana Suveica (Regensburg) Loyalitätsmomente zu wechselnden Besatzungsregimen am Beispiel der Beamten in Bessarabien vor. Eine zentrale Frage sei, wie diese mit den Versuchen des sowjetischen und des rumänischen Regimes umgingen, sich ihrer Loyalität zu versichern. Die Bewertungskriterien der Besatzer blieben jedoch weitgehend situativ. Insgesamt gilt, dass höhere Beamte bei den Regimewechseln jeweils Bessarabien verließen, um einer Verfolgung zu entgehen, während die untere Beamtenschicht zum größten Teil vor Ort blieb und sich pragmatisch immer neu den veränderten Umständen anpasste. Auf der lokalen Ebene lassen sich in den Verwaltungen also eher Kontinuitäten als Brüche nachweisen, was den gängigen Narrativen rund um (wiederholte) sowjetische oder rumänische Besatzung/Befreiung widerspricht.

In der zweiten öffentlichen Abendveranstaltung in der Stiftung Topographie des Terrors moderierte Susanne Heim (Berlin) eine Diskussion zwischen Iason Chandrinos (Berlin), Diana Dumitru (Chişinău), Nadège Ragaru (Paris) und Marija Vulesica (Berlin) zur Verortung der Judenverfolgung und des Holocausts im südöstlichen Europa in der internationalen Shoah-Forschung. Zur Sprache kamen Kontexte in Griechenland, in Rumänien und Moldova, in Bulgarien und Mazedonien sowie im Unabhängigen Staat Kroatien. Die Podiumsteilnehmerinnen gaben dem Publikum vergleichende Einblicke in die Besonderheiten des Judenmordes in diesen

Regionen. Themenkreise waren u. a. antisemitische Gesetzgebungen und der Grad der Integration der jüdischen Bevölkerung vor dem Krieg, Tätergruppen und die Mitwirkung lokaler Behörden an der Verfolgung, Solidarisierungsmomente der nicht-jüdischen Bevölkerung sowie die vergleichsweise geringe Bedeutung der Erinnerungspraxis und -politik an den Holocaust in den südosteuropäischen Gesellschaften heute.

Am folgenden zweiten Tagungstag eröffneten Sanela Schmid (Nürnberg) und Christian Schölzel (Berlin) das Panel “War, Economy and Regimes of Supply” mit der Vorstellung ihres Projektes “‘Aryanization’ and Jewish Property in the Context of Supply Regimes in Yugoslavia.“ Untersucht werden soll die Enteignung der Juden und anderer Verfolgter in Jugoslawien seit 1940. Unter anderem soll der Nutzen des Konzeptes der Volksgemeinschaft für Serbien unter deutscher Besatzung und den Unabhängigen Staat Kroatien untersucht werden. Schwerpunkte liegen auf den urbanen Zentren Belgrad und Zagreb sowie auf kleinere Orte in den jeweiligen Peripherien.

Im Anschluss sprach Sabine Rutar über die Versorgung von Bergarbeitern in Jugoslawien. Bergarbeiter waren hinsichtlich der Lebensmittelrationen so privilegiert wie die Armee und die Rüstungsindustrie - und konkurrierten mit ihnen. Rutar hob die Bedeutung lokaler Kontexte hervor: Nimmt man die besetzte Gesellschaft als Ausgangspunkt (und nicht die Besatzungsmacht), ergibt sich eine jeweils kontingente Geschichte über Gewalt, Hunger, Zwangsarbeit und Überlebenswege. Die Kriegserfahrungen der Bergarbeiter in den Kohlebergwerken Sloweniens verliefen anders als in der Kupfermine im ostserbischen Bor - obwohl überall Mangel, Entbehrung und Hunger herrschten. In Bor waren die Widersprüchlichkeiten des Versorgungsregimes besonders eklatant: einerseits der (vergebliche) Kampf darum, die um die Kriegswirtschaft mit (fähigen) Arbeitskräften zu versorgen; andererseits die zynische Fortsetzung der Misshandlung bestimmter Arbeitergruppen - auch durch die Verweigerung von Nahrung -, was dem Ziel einer funktionierenden Kriegswirtschaft völlig konträr ging.

Paolo Fonzi (Berlin) variierte diese Thematik mit Blick auf die Versorgung der Bevölkerung in Griechenland unter deutscher und italienischer Besatzung. Die kriegsbedingte Hungersnot schrieb Fonzi der Abhängigkeit Griechenlands von Importen zu, die mit Kriegsausbruch zum Erliegen kamen, in Kombination mit schlechten Ernten während der Besatzungsjahre. Insgesamt habe die Besatzung verheerend auf die griechische Wirtschaft gewirkt, durch die hohen

Besatzungskosten, Beschlagnahmungen von Gütern und Ressourcen innerhalb Griechenlands sowie dem Export nach Italien und Deutschland. Erst das schwedische Hilfsprogramm ab April 1942 brachte Erleichterung. Fonzi zeigte auf, wie Versorgung und politische Interessen der Besatzungsregime korrelierten. Während Italien gezielt jene Regionen versorgte, die es nach dem Krieg anzugliedern beabsichtigte, hatte Deutschland jenseits der Kriegsausbeutung kaum Interessen und überließ die Versorgung Italien. Auch Fonzi verwies auf die Politisierung der Lebensmittelversorgung, wie Verhungernlassen, das Ausnutzen von Engpässen bei der Versorgung und selektives Bereitstellen von Lebensmitteln.

Im anschließenden Round Table ergingen sich Tomislav Dulić (Uppsala), Stathis Kalyvas (New Haven), Nadège Ragaru (Paris) und Polymeris Voglis (Athen) in einem wahren intellektuellen Feuerwerk über Sinn und Unsinn der neueren Gewaltforschung. Diskutiert wurde unter anderem am Beispiel der griechischen Gesellschaft die Relevanz des Militarisierungsgrades einer Gesellschaft für die Erklärung von Gewaltdynamiken (Voglis). Die Balkankriege 1912/13, der Erste Weltkrieg und der griechisch-türkische Krieg gingen dem Zweiten Weltkrieg voraus, prägten die Gewalterfahrungen und konditionierten sowohl die fortschreitende Militarisierung des griechischen Staates in den 1930er Jahren als auch die Radikalisierung der Gewalt im Krieg. In synchroner Perspektive seien selektive und wahllose Formen von Gewalt methodisch ebenso zu unterscheiden seien wie ihre unterschiedliche Ausprägungen (Kalyvas). Es gelte, die analytische Mikro-Ebene des Individuums oder eines Ortes mit der Meso-Ebene einer Personengruppe oder Region sowie der staatlichen Makro-Ebene zu verknüpfen. Als drittes Moment wurden die unterschiedlichen Motivlagen der Täter in die Diskussion gebracht (Dulić). Beispielsweise sei Gewalt zur Kontrolle von Menschen oder Territorien, oder zum Niederzwingen von Widerstand, von exterminatorischer Gewalt zu unterscheiden. Schließlich wurde auf den Umstand verwiesen, dass gängige binäre analytische Perspektiven unscharf, weil zu kategorisch und gleichzeitig zu überlappend seien (Ragaru): die Dichotomie zwischen „rationalen Akteuren“ und „Kontrollverlust“, zwischen ideologischen Überzeugungen und sozialen Prozessen, zwischen Intentionalismus / Funktionalismus und Fatalismus sowie zwischen dem Postulat des Staats- bzw. Gesellschaftskollapses und Prozessen gesellschaftlicher Brutalisierung. Es gibt keine universalen Erklärungsmuster für Gewalt, weswegen es sinnvoller wäre, die lokalen Kontexte aus verschiedenen Blickwinkeln heraus zu rekonstruieren, etwa entlang der analytischen „Sortierungsangebote“ der Gewaltforscher. A priori Zuschreibungen von

Kollektivität (groupism) sind zu vermeiden - zu fragen ist stattdessen, wann gegebene Zuschreibungen wirkmächtig waren. Die Frage nach dem „Wie“ sei relevanter als die nach dem „Warum“ - wie sahen die sozialen Prozesse aus, die Gewalt zuerst vorstellbar und dann umsetzbar machten? Die südosteuropäische Geschichte bietet Beispiele, die als Korrektiv zu den gängigen analytischen Parametern wirken können: Wie etwa ist zu erklären, dass Bulgarien, Achsenstaat und Besatzungsmacht, im Krieg ein Land mit „limitierter“ Gewalt blieb - ohne Massendeportationen, ohne nennenswerte Flüchtlingsströme, ohne einander bekämpfende Widerstandsgruppen, die Juden und Andere zwangen, sich für die eine oder andere Seite zu entscheiden?

Das abschließende Panel thematisierte Aspekte der Vermittlung der südosteuropäischen Weltkriegsgeschichte, Erinnerungskulturen, „systematisches Vergessen“ sowie Werden und Wandel von Meistererzählungen. Ivo Pejaković (Zagreb) gab einen Überblick über die politische Instrumentalisierung der Opfer in Jasenovac, das größte Konzentrationslager im Unabhängigen Staat Kroatien. Bis heute sei ihre Zahl in Kroatien kontrovers geblieben; weiterhin würden willkürliche Zahlen genannt, um politische Gegner zu diffamieren. Der Ausgangspunkt der Opfer-Arithmetik war die Friedenskonferenz in Paris 1946, in deren Zuge die Zahl der jugoslawischen Kriegstoten mit Blick auf die zu erwartenden Reparationszahlungen stark übertrieben wurde. Zu Jasenovac ermittelte eine Studie bereits 1964 Zahlen, die wesentlich niedriger lagen als die offiziellen. Die Ergebnisse wurden erst 1998 - also mit dem Ende der jugoslawischen Zerfallskriege - veröffentlicht. Seit 2005 koordiniere die Gedenkstätte Jasenovac, so Pejaković, ein Forschungsprojekt auf der Basis dieser und weiterer älterer Studien und wertete neue Archivfunde, Akten von Meldeämtern und andere Quellen aus, um zu einem versachlichten Befund über die Zahl der Opfer des KZs zu gelangen.

Annette Weinke (Jena) fügte der kroatischen Perspektive die deutsche hinzu, indem sie anhand des Nürnberger Prozesses gegen die sogenannten Südost-Generäle die Verbindungen zwischen der justiziellen Vernachlässigung der Kriegsverbrechen auf dem Balkan nach 1945 und dem Mangel an akademischer und gesellschaftlicher Debatte zu den Kriegsschauplätzen in Südosteuropa aufzeigte. Die Hauptankläger im sogenannten Geiselmord-Prozess hätten zwar den exterminatorischen und rassistischen Vorsatz der deutschen Kriegsführung gebrandmarkt, es jedoch vermieden, das Erschießen von Geiseln als Vergeltungsmaßnahme zu hinterfragen. Aufgrund rechtlicher Unsicherheiten bei der Definition von „Vergeltung“ verblieben die

amerikanischen Richter bei einer stark konservativen Deutung des humanitären Völkerrechts und stellten das Recht auf militärischen Widerstand gegen Besatzung in Frage. Debatten zu einer Revision der Genfer Konvention und der eskalierende Ost-West-Konflikt ermöglichten es den Verteidigern, die Kriegsführung gegen die Partisanen als einen legitimen Beitrag zum Kampf gegen den Kommunismus zu definieren. Nicht zuletzt schrieben einige der angeklagten Generäle nach ihrer Freilassung am Mythos ihres legitimen Kampfes mit und hatten somit Gelegenheit, die Erinnerung - und die Amnesien - maßgeblich mitzugestalten.

In Rumänien, so Felicia Waldman (Bukarest), sei die Erinnerung an den Weltkrieg während der kommunistischen Zeit von der Schablone „Opfer des Faschismus“ geprägt gewesen und die Shoa tabuisiert worden. Seit den 1990er Jahren sei dann eine Opfer-Konkurrenz zwischen Weltkriegsopfern und jenen der kommunistischen Unterdrückung entstanden, die es bislang weitgehend verhindert habe, die Geschichte des Krieges entpolitisiert zu schreiben. Waldman fokussierte dann auf die Bemühungen, den Judenmord in die rumänische Geschichte einzuschreiben. Sie stellte ein an Schülerinnen und Schüler gerichtetes didaktisches Konzept vor, das die Shoa ebenso vermittelt wie das Leben im Shtetl vorher. Nur so gebe es eine Chance, der jungen Generation das Ausmaß der Zerstörung nahezubringen.

Abschließend schlug Falk Pingel (Bielefeld) mit einer Analyse westeuropäischer Schulbücher einen Bogen vom Weltkrieg in die jüngste Vergangenheit, indem er Darstellungen des Zweiten Weltkrieges und der Jugoslawienkriege der 1990er Jahre nebeneinanderstellte. Die traditionelle Geschichte der Schlachten, Fronten und Konflikte zwischen Nationen habe sich zu einer Geschichte der Schrecken des Krieges, der materiellen und menschlichen Verluste gewandelt. Die Jugoslawienkriege der 1990er Jahre würden auf dreierlei Weise thematisiert: anhand der Genre-Frage - meist werden sie als Unabhängigkeitskriege dargestellt - anhand der Frage nach der Berechtigung internationaler Intervention angesichts von Krieg und Kriegsverbrechen, sowie hinsichtlich der Unterschiede zwischen den Konflikten in Jugoslawien und den weitgehend friedlichen Umbrüchen in anderen sozialistischen Gesellschaften, allen voran die DDR. In den Nachfolgestaaten Jugoslawiens hingegen dienten, so Pingel, die Interpretationsraster des Zweiten Weltkriegs als veritable Blaupause für die jugoslawischen Zerfallskriege: die Viktimisierung der eigenen Volksgruppe, die Generalisierung des Genozid-Begriffes, die Marginalisierung des Holocaust. Insbesondere in Kroatien sei eine Rückkehr zu traditionellen Kriegsbildern zu beobachten, wie dem des heldenhaften Kriegers im sogenannten Vaterländischen Krieg 1991-1995. Bis 2010 seien Schwarz-Weiß-Muster eines kollektiven Aggressors (Serbien) und eines

kollektiven Opfers (Kroatien) in den Schulbüchern die Regel gewesen - die Beteiligung Kroatiens im Bosnienkrieg 1992-1995 sei unerwähnt geblieben, kroatische Verbrechen relativiert worden. Erst in den letzten Jahren thematisierten manche Schulbücher das Leid der serbischen Minderheit in Kroatien während des Krieges - dies führe regelmäßig zu politischen Debatten und Skandalen. Die gesellschaftliche Kontingenz in den Erzählungen vom Krieg - dem einen wie den anderen - wurden anschaulich greifbar.

In der Schlussdiskussion bekräftigten die Teilnehmenden, die Tagung habe ein wichtiges Forum für einen substantiellen Austausch geboten. Es sei deutlich geworden, wie sehr die unterschiedlichen geographischen Kontexte analoge Forschungsfragen aufwerfen - die Diskussion müsse eine Fortsetzung finden. Forschungsagenden müssen transnationalisiert und stärker in (weitere) internationale Forschungskontexte eingebettet gedacht werden. Im Sinne der von Tatjana Tönsmeier angeregten Sozialgeschichte von Besatzungsgesellschaften gelte es, künftig einen stärkeren Fokus auf (vergleichende) lokale Studien zu setzen - der Nutzen dieses Ansatzes sei sehr deutlich geworden, ebenso das gemeinsame Ziel, dazu beizutragen, die gegenwärtige Politisierung der Narrative zu überwinden und die Kriegsgeschichte differenziert zu versachlichen. Nicht zuletzt waren sich die Teilnehmenden einig, dass, sobald das südöstliche Europa besser in die internationalen Forschungsfelder zum Weltkrieg und zur Shoa integriert wird, die Sozialgeschichte des „anderen Kriegs im Osten“ auch für die vorherrschenden Interpretamente des Weltkriegs in weiteren europäischen (und globalen) Regionen innovative Denkanstöße bereithält.